

Sehr viele Polen meinen, dass alles was diese Regierung zerstört, sich leicht reparieren lässt. Es reicht doch, diese oder eine andere Verordnung wiederherzustellen, diese oder eine andere Person an einem Posten auszuwechseln, eine Entscheidung rückgängig zu machen. Die Antwort ist aber kurz: Nein, es reicht nicht.

Uns erwarten viele Jahre Arbeit, sogar bei der Annahme, dass es schlimmer nicht sein wird (es wird aber schlimmer). Ein einfaches Beispiel: Das Naturschutzgesetz ermöglichte massives Holzfällen. Die Vorschriften kann man schnell ändern. Aber 200 Jahre alte Bäume wird nie-

kelte. Ineffiziente Gerichtsbarkeit, hinkender Gesundheitsdienst, vieles fehlte, um eine volle „soziale Gerechtigkeit“ zu erreichen.

Aber das, dass wir nicht so ideal sind, wie wir uns das wünschen, berechtigt uns nicht dazu, Ideale zu verwerfen. Niemand, der bis jetzt regierte, verwarf die Inhalte der Verfassung. Bis jetzt.

Heute wird das Wertesystem demontiert. An die erste Stelle werden nationale und religiöse Parolen gestellt, selektiv und in einer vulgarierten Form. Aber noch wichtiger als das, für welche Werte PiS wirbt, ist das, mit welchen Methoden sie die

anstrebt, vom Regieren zu entfernen: Wer kann garantieren, dass die ihr folgende Partei, diese beschädigten Mechanismen nicht nutzen wird, um die eigene Macht zu festigen?

Alleine der Wiederaufbau der Institutionen wird sehr schwierig sein. Zum Beispiel: Wie kann man die Würde des Verfassungsgerichts wieder aufbauen, wenn die Urteile in seinem Namen von drei verfassungswidrig gewählten Richtern gefällt werden, das Gericht nach verfassungswidrigen Vorschriften arbeitet und von einer „Präsidentin“ geleitet wird, die sich selbst gewählt hat und dabei die Verfassung und die Gesetze gebro-



SIE DARF NICHT ZUSAMMENBRECHEN

mand pflanzen können. Sie werden wieder so alt erst in 200 Jahren. Und das unter der Bedingung, dass man sie heute pflanzt.

Das was passierte, das was sich in Polen ereignet, das ist nicht ein einfacher Machtwechsel, das Verschieben von Prioritäten oder „ein Platzwechsel am Fresstrog“. Das ist vor allem ein Zusammenbruch des bisherigen Wertesystems und der Ziele, die der polnischen Politik vorschwebten in den 25 Jahren freier, dritter Republik Polen. Das System basierte auf Beachtung der Rechte des Einzelnen, auf Selbstbestimmung, auf dem Prinzip der Dreiteilung der Macht und der Unabhängigkeit der Gerichte (als Garant der Gerechtigkeit), auf politischem Kompromiss und auf Streben nach europäischer Integration. Diese Werte sind leicht in unserer Verfassung zu finden. Entweder direkt ausgedrückt oder aus dem Geist der Niederschrift abgeleitet.

Es ist selbstverständlich, dass das System unter vielen Aspekten krän-

bisherigen Werte verwirft und wie hoch die Kosten ihres Weges zur vollen Macht sind.

In der symbolischen Dimension attackiert das Regierungslager hauptsächlich imaginierte „Kommunisten und Diebe“, „Verräter“, Immigranten, die Union. Aber in der praktischen Dimension greift er vor allem den Rechtsstaat an, die Dreiteilung der Macht, die Selbstbestimmung und soziale Subjekthaftigkeit. Chaotisch eingeführte Vorschriften werden ständig geändert (diese zum Verfassungsgericht sieben Mal in einem Jahr!). Sachliche Argumente im öffentlichen Diskurs werden durch Verleumdungen, Beschimpfungen und inadäquate Vergleiche erdrückt. Gesellschaftliche Konsultationen werden zur Farce (ein Beispiel: die Bildungsreform). Die Bürgerinitiativen werden zunichtegemacht und die Arroganz der Macht erreicht ihr Zenit.

Das Problem liegt aber noch tiefer. Sogar, wenn es gelingen sollte, die Partei, die jetzt das Monopol der Macht

haben hat. Mehr noch: Sie hat ihre Befugnisse an einen „illegalen“ Richter abgetreten, ohne den von der Verfassung vorgesehenen Vizepräsidenten zu beachten.

Kann man so ein Puzzle entwirren ohne einen Vorwurf der Illegalität zu bekommen? Der einzige Garant für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Polen ist das letzte noch nicht berührte Element der polnischen Staatsform. Es ist die Verfassung selbst, die gerade vor 20 Jahren verabschiedet wurde. Ihre Bestimmungen wurden zwar mehrfach gebrochen, aber deren Änderung ist außer Reichweite dieser Regierung. Und so lange das so ist, gibt es Hoffnung und eine Basis für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Und alle Politiker, die den rechtswidrigen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit der Republik wagten, wird man zur Rechenschaft ziehen können. Wollen wir es hoffen.